

3. / III. 1917

116

Das nationale Zusammenarbeiten.

Unter dieser Überschrift polemisiert das Wiener sozialdemokratische Organ in seinem heutigen Leitartikel des langen und breiten gegen unsere Mitteilungen und Feststellungen (Nr. 98 der „Reichspost“), warum die Christlichsozialen und Nationalverbändler getrachtet haben, vor allem selber untereinander zu einem Programm des Zusammenarbeitens, wie es in den „politischen Richtlinien“ vorliegt, zu gelangen und warum die deutschösterreichische Sozialdemokratie abseits blieb. Dabei verfährt die „A. Z.“ ganz nach der stark abgewerkelten Schablone ihrer Dialektik. Erstens tut sie gekränkt, daß die Sozialdemokratie nicht eingeladen worden sei zur Mitberatung und Mitarbeit, weshalb ihr ein nachträglicher Beitritt zu den „Richtlinien“ unmöglich sei, denn sie sei ja kein Lakai der bürgerlichen Parteien; zweitens richtet sie „ohne Eifer und Leidenschaft“ die gewohnten demagogischen Angriffe gegen die beiden bürgerlichen Parteien, offenbar um der sozialdemokratischen Anhängerschaft einzureden, daß ein nationales Zusammenarbeiten, wie es bei den Tschechen und bei den Polen möglich war, bei den Deutschen für die Sozialdemokraten ganz undenkbar sei; drittens leugnet sie, daß die deutschösterreichische Sozialdemokratie, wie sie durch die „A. Z.“ repräsentiert wird, für ein solches Zusammenarbeiten nicht zu haben wäre, wenn die Bürgerlichen nur wollten; viertens erklärt sie, daß sie froh ist, daß es ein solches Zusammenarbeiten nicht gäbe, denn die deutschösterreichische Sozialdemokratie müsse für die Zeit nach dem Kriege unabhängig sein, um gegen die bürgerlichen Parteien, denen man es schon zeigen werde usw., den Kampf führen zu können.

Das Ungefährlichste an der ganzen ersichtlich der ärgsten Verlegenheit mühsam abgequälten Polemik sind die Drohungen. Die Lüne dieses Posthorns sind gefroren. Auf den heiseren Schrei der Ohnmacht brauchen wir daher nicht einzugehen. Es soll hier nur die völlige Haltlosigkeit der Einwände, mit denen eine augenscheinlich geplante Drückbergerei in nationalpolitischen Fragen beschönigt werden soll, aufgezeigt werden. Warum hätten die Sozialdemokraten zu Beratungen eingeladen werden sollen, die den Zweck hatten, vorerst einmal eine Plattform für ein Zusammenarbeiten der beiden großen bürgerlichen deutschen Parteigruppen zu finden? Die „politischen Richtlinien“ enthalten bekanntlich viel mehr als nur nationalpolitische Gesichtspunkte, hinsichtlich welcher ja zur gegebenen Zeit den Führern der Sozialdemokratie auf den Zahn gefühlt werden kann, sie umfassen bekanntlich auch ein allgemein politisches und besonders ein wirtschaftspolitisches Programm. Zumal auf letzterem Gebiete war eine Verständigung mit einer Partei, deren Führung sich noch immer und in Oesterreich mit besonderem Grimme als Todfeindin des ganzen ländlichen und gewerblichen Mittelstandes und als Schleppträgerin des Völkerverfalls erwiesen hat, von vorneherein aussichtslos. Es ist darum auch gewiß kein bloßer Zufall, daß gerade die Vertreter des Wiener Schottenring- und Salzgruben-Liberalismus ebenso wie die Sozialdemokratie abseits von den „Richtlinien“ stehen. Was aber den Vorwurf des Nichteinladens betrifft, so kann er der „A. Z.“ zurückgegeben werden. Wurden je von den sozialdemokratischen Führern etwa die bürgerlichen deutschen Parteien zu Beratungen über ein „nationales Zusammengehen“ eingeladen? Niemals! Im Gegenteil, die „A. Z.“, die ja von der Führerzentrale geschrieben wird, hatte für die nationalen Bestrebungen der bürgerlichen deutschen Parteien nie etwas anderes als

Spott und Hohn und brüstete sich immer wieder, sie, die Sozialdemokratie, besitze allein in ihrem Brünner Autonomieprogramm das Wunderelixier, mit welchem alle Uebel spielend geheilt werden könnten; alles andere und alle anderen seien blöde und borniert. Bezüglich der „Einladung“ kann also die sozialdemokratische Führung, außer sie stünde auf dem Lakaienstandpunkt, daß sie bescheiden zu warten habe, bis man sie rufe, den bürgerlichen Gruppen nichts vorwerfen. Vor einer Verständigung zwischen beiden bürgerlichen Parteigruppen wäre übrigens ein Verhandeln mit der weiter abseits stehenden Sozialdemokratie wohl kaum fruchtbar gewesen; wenn es je fruchtbar sein kann, dann ist erst jetzt die Voraussetzung vorhanden. Auf Grund des nationalpolitischen Teiles der „Richtlinien“ wäre nun eine Fühlungnahme mit der Sozialdemokratie wohl denkbar. Man sollte es dieser in der Tat nicht ersparen, Farbe zu bekennen, schon um die Klärung im — sozialdemokratischen Führerlager zu beschleunigen.

Schließlich sei noch bemerkt, daß Abg. Bernertorfer, während die „A. Z.“ an den Christlichsozialen wie immer auch in ihrem heutigen Artikel kein gutes Haar läßt, in einem Aufsatz im „Berl. Tagbl.“ (Nr. 108) artig feststellt, daß „man den Christlichsozialen politische Klugheit nicht absprechen kann“. ... Nun also!